

Zivildienst:

Eine ganz besondere Ressource

Ist der neunmonatige Zivildienst in Deutschland unverzichtbar? Nein, sagen die Wohlfahrtsverbände. Viele fürchten dennoch den Verlust einer gesellschaftlichen Institution. **Von Johannes Schneider**



In Deutschland bald vielleicht schon Vergangenheit: Ein Zivildienstleistender beschäftigt sich mit einem Kind
© Picture-Alliance

Fünf Knirpse hängen an einem Jackensaum und lassen sich ziehen, ihre "Lokomotive" heißt Johannes, ist 23, männlich und im letzten Jahr der Erzieherausbildung. Ohne seine Erfahrungen im Zivildienst wäre der jetzt vielleicht ganz woanders: "Ich hätte schon was im sozialen Bereich gemacht, aber nicht unbedingt Erzieher", sagt er. Dabei blickt Johannes fachmännisch über den Spielplatz der Kita "Ritterburg" im Norden von Berlin-Kreuzberg, wo die Zivildienstleistenden Dominik, 20, und Ömer, 19, gerade lachend die drei- bis fünfjährigen Kinder zum Mittagessen einfangen. In einem Land, wo drei junge Männer, einer davon türkischer Abstammung, frohgemut Kleinkinder betreuen, kann doch eigentlich nichts mehr

schief gehen. Oder?

Was seiner Meinung nach so alles schief gehen kann, erläutert wenig später Martin Quente, Kita-Leiter und vierter Mann im elfköpfigen "Ritterburg"-Betreuungsteam: "Ein Zivi, der in die Kita kommt, wird wegen der Keime hier erstmal krank. Dann kommen noch etwa 20 Urlaubstage dazu und ein bis zwei Wochen Schulung." Für die Ritterburg und ähnliche Einrichtungen wäre die von Union und FDP geplante Verkürzung von Wehr- und Zivildienst auf sechs Monate nur schwer zu verwinden, ist sich Quente sicher: "Dann sind die Jungs nur noch vier Monate in der Einrichtung. Das ist für die Bindung der Kinder eine Katastrophe." Ein Eindruck, den Zivi Dominik nur zu gern bestätigt: "Jetzt, nach drei Monaten, geht das erst los, dass die Kinder mich richtig mit Namen ansprechen."

Kurzzeit-Zivis: Nur noch Pfortendienste und Haustechnik

Freilich: Mit der sehr persönlichen Beziehung der Zivis zu ihren Klienten markieren kleine Kitas wie die Ritterburg nur einen Grenzfall. Am anderen Ende des Spektrums, in dem die immer noch über 60.000 Zivis heute in Deutschland eingesetzt werden, stehen die Großbetriebe wie Krankenhäuser und Altenheime. Jürgen Brockmeyer, Leiter des Pflegenetzwerkes der Berliner Arbeiterwohlfahrt, ist am Telefon dann auch gleich wesentlich optimistischer: "Der Laden würde ohne Zivis nicht auseinander brechen", ist er sich sicher, weiß aber auch: "Wo es beim sechsmonatigen Zivi sicherlich problematisch wird, ist die direkte Patienten- oder Klientenarbeit."

Was für die Zivis da noch bleibt? Brockmeyer nennt Aufgaben im Bereich der Haustechnik, des Pforten- und Begrüßungsdienstes, Zusatzbetreuung bei der Krankengymnastik, Fahrdienste. Ob Familienministerin Ursula von der Leyen, die den verkürzten Zivildienst als sozialen "Lerndienst" weiter profilieren möchte, diese Beschränkung auf eher unpersönliche Hilfsdienste gefallen würde, scheint zweifelhaft. Zumal Brockmeyer noch etwas in Frage stellt: "Man wird gucken müssen,

inwieweit man die Zivis in hausinterne Schulungen einbeziehen kann, anstatt sie immer wieder nach draußen abzugeben." Die allgemeinbildenden Seminare und Betreuungsangebote des Bundesamtes für Zivildienst könnten bei einem sechsmonatigen Dienst so nicht mehr greifen: "Zweiwöchige Bildungsfahrten wird es sicherlich nicht mehr geben."

Abschied von der zweiten "Schule der Nation"

Damit spricht Brockmeyer indirekt aus, was die seit Bekanntwerden der schwarz-gelben Pläne schwelende Debatte vielleicht mehr noch als die Sicherstellung der pflegerischen Qualität bestimmen wird: Mit der Verkürzung der Dienstzeiten ab Januar 2011 verabschiedet sich eine gesamtgesellschaftliche Institution, die spätestens seit der Angleichung der Dienstzeiten für Zivil- und Wehrdienst ganz heimlich zu einer zweiten "Schule der Nation" gewachsen ist.

Die wegfallenden Kapazitäten in Pflege und Betreuung scheinen da schon mal nebensächlich zu werden. Sie, so heißt es quer durch die Wohlfahrtsverbände, könnten auf jeden Fall durch neu geschaffene Stellen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Mehraufwandentschädigungs-Kräfte, landläufig als Ein-Euro-Jobber bekannt, aufgefangen werden - zu vertretbaren Mehrkosten. Wie glaubhaft dieser Optimismus ist, ist schwer zu sagen - kann doch zu diesem Thema eigentlich niemand offen sprechen: Laut Gesetz dürfen die Verbände und Einrichtungen Zivildienstleistende nicht als pflegerische Vollzeitkräfte einsetzen. Wer nun mit ihrer Unverzichtbarkeit argumentiert, macht sich des Missbrauchs verdächtig.

Zivildienst und Freiwilliges Soziales Jahr

117.039 junge Männer haben im Jahr 2009 bisher den Dienst an der Waffe verweigert (Stand: 30. September), derzeit leisten gut 76.000 ihren neunmonatigen **Zivildienst** ab. Verpflichtet wird, wer bei der Musterung mit Tauglichkeitsgrad 1 oder 2 besteht und keinen anderen anerkannten Wehersatzdienst (Feuerwehr, THW) ableistet.

Das **Freiwillige Soziale Jahr** ist ein zumeist einjähriger Freiwilligendienst für junge Erwachsene mit abgeschlossener Schulausbildung. Von den erfassten 31.248 Zugängen 2007/2008 sind über 70 Prozent weiblich.

Für die Dienststellen besteht der Hauptunterschied zwischen "Zivi" und "FSJ" neben der Geschlechterverteilung in der **Bezahlung**: Kosten, die die Arbeitgeber von Zivildienstleistenden de facto zu tragen haben, beziffert das Bundesamt für den Zivildienst auf etwa 500 Euro. Aus verschiedenen, zum Teil steuerlichen Gründen kommen die Freiwilligen die Dienststellen ähnlich teuer, wenn nicht gar teurer zu stehen, obwohl diese anstelle des Wehersatzs (282 Euro im ersten Monat ohne Zusatzleistungen) nur

Nicht unverzichtbar, aber eine "Blutauffrischung"

Fakt ist: Schon jetzt stehen den in Spitzenmonaten etwa 70.000 Zivildienstleistenden nach schwankenden Schätzungen 30.000 bis 40.000 FSJler gegenüber, Tendenz steigend. Für die Einrichtungen bieten die einen wesentlichen Vorteil: Sie sind als einjährige Kraft eine planbare Größe und hinterlassen nicht jene Lücke in den Frühsommermonaten, die die Zivi-Dienststellen bereits seit der Einführung der "Unterjährigkeit" im Jahr 2000 plagt. Befürchtet wird, dass sich dieser Effekt mit der Dienstzeitverkürzung zusätzlich verstärkt. Da hilft es dann auch nur bedingt, dass das Bundesfamilienministerium zu seinen Plänen, eine Verlängerung der sechs Monate durch einen Freiwilligendienst zu fördern, "noch" keine konkreten Angaben macht.

Dass Zivildienstleistende durch die anderen Dienste "immer verzichtbarer" werden, sieht auch Martin Quente aus der Berliner Kita Ritterburg. Trotzdem glaubt er fest: "Zivis sind Gold wert, eine ganz besondere Ressource!" Schon allein, weil sie - ganz im Gegensatz zum FSJ - eine besondere "Blutauffrischung" in die Betreuung brächten: "Bei den Zivis gibt es welche, die nicht so typische Soziantaschen sind wie ich: der eine, der nachher an einer Wirtschaftsschule in Zürich studiert, der andere, der jetzt in der Filmbranche ist, oder ein dritter, der als Fotograf arbeitet." So schaffe es der Zivildienst auch, in die Gesellschaft zu wirken. "Wenn ein Wirtschaftsanwalt bei einer Beraterfirma nicht nur Zahlen sieht, sondern auch die Menschen dahinter, dann ist das etwas sehr Positives."

Die Frage ist, wer es auch ohne "Zwang" gemacht hätte

Wie sehr der "Zwangsdienst", wie ihn seine Gegner nennen,

ein Taschengeld von - variierend - etwa 200 Euro erhalten.

Völlig unklar ist, wie sich in dieses duale System **Planungen** des Bundesfamilienministeriums und einzelner Wohlfahrtsverbände eingliedern sollen, die Modelle in Zukunft zu verknüpfen, indem der Pflichtdienst um einen Freiwilligendienst ergänzt werden kann.

Menschen verändern kann, ist beim Essen in der Kita zu sehen: Da ist der Schulabgänger Ömer, der mit einem kleinen Jungen auf Türkisch Witze reißt und dabei glücklich und stolz scheint. Der hätte sonst in diesem Jahr "vielleicht ein paar Praktika oder so" gemacht. Da ist der gelernte Koch Dominik, der froh ist, noch mal "was anderes" zu sehen. Und da ist Johannes, den der Zivildienst überhaupt erst in die berufliche Laufbahn gebracht hat. Die Frage ist, wie viele der derzeitigen Zivis einen ähnlichen Weg auch ohne den gelinden Druck des Staates gegangen wären. Ob etwa Ömer und Dominik die gleiche Stelle auch komplett freiwillig angetreten hätten? "Ja, doch schon, vielleicht, warum nicht?", sagen sie. Es klingt wenig überzeugend.

Von Johannes Schneider